

Beitrag.

1851.

gegengehehen. Das eine Bedenken ist, daß ein solches Gesetz noch nicht an der Zeit sei, es ist auch unsere Verfassung nicht reif für diesen letzten Ausbau, da ihr in manchen Theilen erst noch die völlige Durchführung, in anderen die klare und feste Bestimmtheit mangelt. Bei diesem Stande der Verfassung würde auch das beabsichtigte Gesetz über Ministeranklage in weitem Maße dazu mißbraucht werden können, mißliebige Minister zu beseitigen und eine Verfassungsauslegung zur Schwächung der königlichen Gewalt zu erringen. Zu dieser Umreise der Verfassung kommt aber noch die gegenwärtige kritische Lage des Vaterlandes, ja ganz Europas, bei der es nicht als gerathen erscheint, die Mittel und die Gelegenheit der Aufregung zu mehren. Das andere Bedenken ist, daß nicht einmal eine gute Abfassung des Gesetzes zu erreichen ist auf der Grundlage, wie sie die Verfassung gegenwärtig bietet, indem namentlich die Bestimmung, daß jede Kammer für sich allein, ohne die andere, Anträge erheben kann, auch die mächtigsten Bürgschaften gegen jenen Mißbrauch ausschließt. Einige Mitglieder der Kommission halten deswegen die gegenwärtige Annahme des Gesetzes unter allen Modalitäten für unratksam. Die große Mehrheit der Kommission jedoch, obwohl auch sie jenes erste Bedenken unter keiner Voraussetzung für völlig gehoben erachtet, ist der Ansicht, daß das Gesetz unter der Bedingung, daß es mittelst Abänderung der Verfassungsurkunde auf eine richtigere Grundlage gestellt würde, aber auch nur unter dieser Bedingung anzunehmen sei.“

Einwände gegen die Kompetenz der Kommission zur Abänderung der Verfassungsurkunde vorzuschlagen, sind von der Majorität der Kommission für nicht sichtlich befunden worden. Das Mandat der Kommission für das ihr überwiesene Gesetz müsse sich eben auf alles das erstrecken, was zur vollständigen Beendigung desselben und zur vollständigen Angabe der Mittel, es zu verbessern gehöre, und es könne keinen Unterschied begründen, ob es ein Gesetz gewöhnlicher Art oder eine Bestimmung der Verfassungsurkunde sei. Noch weniger ist die Kompetenz der Kammer selbst, Abänderungen der Verfassungsurkunde gelegentlich der Verathung eines Spezialgesetzes zu beschließen, beanstandet worden. Die Kommission hat nun die Abänderungen im Gesetze, welche Abänderungen in der Verfassung mit sich führen, beziehentlich der Spezialberathung als Präjudizialpunkte aufgestellt mit dem Antrage, daß, falls die Kammer sie annehme, das Gesetz der Kommission zurückgegeben werde, um es auf ihrer Grundlage umzuarbeiten und zugleich den dadurch nöthigen ferneren Gesekentwurf, die Abänderungen in der Verfassungsurkunde betreffend, abzufassen. Die Präjudizialvorschlüge sind nun folgende: § 1 nach der in der 2. Kammer angenommenen Fassung lautet: „Jeder der beiden Kammern kann gegen die Mini-

des Gerichtshofes und einer neuen Bestellung von Commissarien be-

büße, um die Anklage fortzusetzen. — Endlich beantragt die Kommission der 1. Kammer den von der 2. Kammer gestrichenen § 30 des Regierungsentwurfs wieder herzustellen, wonach nämlich die Staatsregierung die Mittheilung von amtlichen Akten und Urkunden dem Gerichtshofe verweigern kann, wenn diese ihrer Uebersetzung nach den Interessen des Staates nachtheilig oder gefährlich sein würde. Der Kommission zufolge, widerstreite es den obersten Grundsätzen, daß der Gerichtshof die Mittheilung amtlicher Akten und Urkunden der Staatsregierung gegen ihren Willen und ihre Uebersetzung von öffentl. Wohl gebieten könne; denn alle Evidenzpflicht, wie sie in positiven Gesetzen in der Natur der richterlichen Autorität begründet ist, gilt nur für die Unterthanen, nicht für die Staatsregierung selbst; nur für jene, nicht für diese ist das Gericht eine höhere Autorität, und wenn auch die angeklagten Minister für ihre Person unter dem Gerichte stehen, die Staatsregierung als solche steht nicht unter den Gerichten.

— **Berlin, 7. April.** [Tagesbericht.] Zur Beförderung des wissenschaftlichen Strebens in dem Offizierkorps der Artillerie war es üblich, alljährlich eine Anzahl von Preisaufgaben zu ertheilen. Gelungene Arbeiten wurden mit einem Preise von 200 Rtl., mit einem Accessit von 100 Rtl. oder einer Ausmunterungsprämie von 50 Rtl. honoriert. Im Ganzen waren früher zu solchen Zwecken jährlich 600 Rtl. zur Disposition gestellt. Im verflossenen wie auch in diesem Jahre ist kein vergleichender Fonds ausgesetzt, indem man meint, daß die derzeitigen Verhältnisse den Offizieren die zur Lösung von Preisaufgaben erforderliche Muße nicht gewähren werden.

(C. B.) Eine Petition aus Westpreußen wünscht für diesen Landestheil die Einrichtung einer besondern Oberpräsidentur. Auch die Abgeordneten dieses Theiles der Provinz Preußen theilen die Ansicht, aus welcher das Gesuch hervorgegangen ist, daß die völlige Verschleidenheit der beiden Provinzen Ost- und Westpreußen in ihren Eigenthümlichkeiten und ihren materiellen Interessen es als einen großen Uebelstand erscheinen lasse, wenn der gemeinschaftliche Oberpräsident 50 Meilen entfernt von der einen Provinz wohne. Die Angelegenheit ist auch schon auf früheren Provinziallandtagen zur Sprache gekommen. Die Kommission der 2. Kammer hält sich indes nicht für kompetent, über die Sache zu entscheiden.

(Preuß. B.) Der Ministerpräsident, Freih. v. Manteuffel, hatte gestern bei Ihrer Majestät der Königin Marie von Baiern eine längere Audienz. — Gestern Mittag fand im königl. Schlosse zu Berlin eine Familientafel statt, zu welcher Ihre Majestäten der König und die Königin nach Berlin gekommen waren. Vor der Tafel nahmen Sr. Majestät den Vortrag des Ministerpräsidenten entgegen.

Der Minister des königl. Hauses, Fürst Wittgenstein, ist bedenklich erkrankt.

(N. Pr. B.) Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß mit dem Grafen v. Arnim (Heinrichsdorf) hat seine Kreditivnote als diesseitiger Gesandter in Wien erhalten und soll sich nun so schleunig als möglich auf seinen Posten begeben. Wie wir hören, ist aus Rakett in der viel besprochenen Parade-Angelegenheit eine Antwort auf die preussische desfallsige Depesche zwar hier eingetroffen, dieselbe soll aber von der diesseitigen Regierung für ungenügend erklärt werden und die kaiserliche Regierung um eine andere Antwort angegangen sein.

Aus London wird uns von zuverlässiger Seite her mitgetheilt, daß die englischen Minister der Königin den Rath erteilt haben, während der Zeit der Ausstellung die Residenz nicht in London zu nehmen. Der Graf Westmoreland wird dem Vernehmen nach Berlin nicht vor dem Juli verlassen, vielleicht noch später, indem der Umbau des von demselben erworbenen Hauses in Wien, wozu er bekanntlich als englischer Gesandter gehen wird, noch bis dahin sich verzögern wird. Die Gräfin Westmoreland wird sich bereits im Mai nach England begeben.

(Nat. B.) Von Seiten der englischen Gesandtschaft in Frankfurt soll nach der „Sp. B.“ die Erklärung vorliegen, seit dem Rücktritte des Erzherzogs Johann bei keiner Verhörde des deutschen Bundes akkreditirt gewesen zu sein, sondern sich eben nur in Frankfurt aufgehalten zu haben. — Wenn eine Bundes-Versammlung zu Stande komme, die das Ausland für ein wirkliches allgemeines Organ der deutschen Konföderation anerkennen könne, so würden neue britische Akkreditivnote bei einem solchen Organe Deutschlands übergeben werden.

Auf die Petition der Lehrer der Parochie Reifen, die 2te Kammer möge bei der Regierung beantragen, daß ein neues Unterrichts-gesetz noch in der gegenwärtigen Session zur Beschlußnahme vorgelegt werde, hat die Kommission der Kammer vorgeschlagen, über die Petition zur Tagesordnung in der Erwägung überzugehen, daß die mögliche Beschleunigung des Unterrichts-gesetzes wünschenswerth erscheint, und die baldmögliche Einbringung desselben nach geheimerer reiflicher Prüfung durch den Kultusminister in Aussicht gestellt ist.

Aus Hagen in der Grafschaft Mark ist den Kammern eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Petition zugegangen, die Gemeindevorordnung vom 11. März v. J. unverletzt zu erhalten, auf deren baldige Durchführung im ganzen Staate zu dringen, und so den Antrag der 65 Mitglieder der ersten Kammer, welcher die Regierung um Vorlegung behufs Abänderung der Gemeindevorordnung angeht, zu befriedigen.

Die erste Kammer wird bis Mittwoch vor Ostern tägliche Sitzungen halten, sodann 8 Tage Ferien genießen. Die Journalisten-Tribüne, von welcher wir neulich berichteten, ist bereits zur heutigen Sitzung benutzt worden, und die bequeme, welche bis jetzt den Journalisten in irgend einem Lokale angewiesen worden.

Stettin, 7. April. [Marine. — Kauferei.] In den letzten Tagen haben auf der Themse und im Kanal Probefahrten des neuen preussischen Kriegesdampfers „Nix“ stattgefunden, die nach dem Urtheile mehrerer höheren englischen Seecapitäne zu einem entschieden günstigen Resultat geführt haben. Das Schiff ist wie der Salamander von der Firma Russell und Robinson in Deptford gebaut aus Eisen mit 9 Zoll dicken Holzwänden; es wird von 2 Dampfmaschinen zu je 80 Pferde-Kraft getrieben und führt vier 68Pfundige und zwei 32Pfundige Bombenkanonen auf neuen sehr bequem konstruirten Lafetten an Bord. Das Boot, das schlang gebaut und außerdem zum Segeln eingerichtet ist, fährt ohne Ausnutzung auf hundert englische Meilen in der Stunde; da es besonders zum plötzlichen Angriffe und raschen Rückzuge bestimmt ist, können die Geschütze sämtlich mit leichter Mühe parallel mit dem Schiffe gerichtet und mit großer Präzision abgefeuert werden. Alle Verwunde der Fahrt und des Schießens mit Vollkugeln sind sehr befriedigend ausgefallen. In wenigen Tagen wird der Nix unter dem Befehle des preu-

sischen Leutenants Schirmacher und mit den von ihm nach London geführten Seeleuten bemannt nach Swinemünde abgehen. Der Berliner Frauen-Verein zur Beschaffung eines vaterländischen Kriegs-Fahrzeugs hat mit einem Komitee zu Wolgast einen Kontrakt über die Erbauung eines Kriegs-Schooners bereits abgeschlossen und vorläufig 9000 Rtl. zum Ankauf von Bauholz zur Verfügung gestellt. Der Anschlag beläuft sich auf 29,000 Rtl., die der Verein bis auf 2000 Rtl. baar aufgebracht hat.

Am vorigen Donnerstage kam es hier in einem Lokal in Gradow zwischen Infanteristen und Mariniers zu einer Kauferei, in der 12 Mann durch Messerstiche gefährlich verwundet worden sind. Gestern hat sich diese Schlägerei in einer sehr eintausenden Weise wiederholt.

Danzig, 2. April. [Marine. — Deffentliche Sicherheit.] Die Bauten auf unserer Kriegsschiffswerfte werden eifrig betrieben und dürften wir im nächsten Sommer das erste Kriegsschiff vom Stapel gehen sehen. — Da von hier beträchtliche Quantitäten Getreide nach Kalifornien verschifft worden sind, so können wir hier zum Sommer auf ziemlich Summen kalifornischen Goldes rechnen. — Noch sind erst drei Monate in diesem Jahre verlossen und schon haben in unserer Stadt 14 gerichtliche Sektionen an Menschen stattgefunden, deren Tod durch Andere herbeigeführt worden. Es sind Mord, Todtschlag und Selbstmord bei uns zur Tagesordnung geworden und beunruhigen Danzigs Einwohner in hohem Grade. Es vergeht wohl kein Tag, wo nicht Menschen auf der Straße angefallen, ausgeplündert und am Leben bedroht werden. (Dfpr. B.)

Deutschland.

Frankfurt, 4. April. [Der Bundestag. — Note.] Wie man heute mit Bestimmtheit wissen will, wird Preußen in der Bundesversammlung Herr v. Uden vertreten, der zur Zeit in Karlsruhe als Kommissar fungirt. Der Eintritt Preußens wird vor 14 Tagen nicht erwartet. Darauf deutet schon der Umstand hin, daß Graf Thun vor Ablauf dieser Zeit nicht zurück sein kann. — In diplomatischen Kreisen spricht man von einer Kollektione Österreichs, Preußens, Russlands und Frankreichs, welche an das Kabinett von St. James gerichtet wurde und in der dem englischen Kabinette die dringenden Vorstellungen über das völkerrechtswidrige Gebahren der Flüchtlinge in London gemacht werden. Genannte Mächte haben nicht dagegen einzuwenden, daß England seine Kapitale den Flüchtlingen zum Asyl biete, allein sie fordern Abhilfe dagegen, daß es den Flüchtlingen zum Operationspunkte gegen den Kontinent diene. — Zum Bundesvollmächtigten für Baden ist, wie ich vernehme, der Bruder des Ministers v. Marshall ernannt. (D. B.)

Dresden, 5. April. [Die Kammer.] Wir haben bereits mitgetheilt, daß die zweite Kammer bei der nachträglichen Beratung des Abblösungsgesetzes ihre früher aufgestellten Prinzipien opferte und den Beschlüssen der ersten Kammer zustimmte. Diese unerwartete Wendung war das Resultat einer vertraulichen Besprechung, in welcher man durch mancherlei Mittel auf die Abgeordneten einzuwirken wußte. Die Aufhebung der Grundrechte unterlag nunmehr keinem Zweifel und sie ist auch wirklich heute Abend von der zweiten Kammer mit dem Zusatz, daß die Erlaubnis zum bleibenden Aufenthalt der Juden einzig auf die Städte Leipzig und Dresden beschränkt bleiben solle, ausgesprochen worden. — Die erste Kammer nahm das die Beschlüsse der zweiten hinsichtlich des kommunalgardens-Gesetzes an, so daß die kommunalgardes künftig nach dem Willen der Regierung nichts weiter, als ein Polizei-Institut sein wird. — Das Gesetz zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 14. März d. J. ist im feststen Stile des Gesetzes und Verordnungsblattes publizirt.

Darmstadt, 4. April. [Landtag.] Auf eine Anfrage des Abg. Rich. erklärte heute die Regierung, daß sie das neue Wahlgesetz in der nächsten Woche vorzulegen gedenke. Der Entwurf, die Entschädigungen für aufgehobene ausschließliche Handels- und Gewerbeprivilegien betreffend, wurde hierauf von der Kammer zu Ende beraten.

Zweibrücken, 1. April. [Die Geschworenen] haben heute abends in der Sache der fünf Angeklagten aus Lauterbach auf 15 Hochverrathsfraßen das „Nichtschuldig“ ausgesprochen und nur einen Angeklagten eines geringeren Vergehens für schuldig erachtet.

Kiel, 6. April. Es ist jetzt von der „obersten Civilbehörde“ verfügt, daß den holsteinischen Schiffen außer der Zahl der Kommerzkapitäne auch die königliche Namensschiffe eingebrennt werden soll. — Die Kaufereien zwischen den preussischen und österreichischen Soldaten in Rendsburg sollen in den letzten Tagen einen etwas bedenklichen Charakter angenommen haben. — Ueber die Formirung des holsteinischen Bundeskontingents aus den bisherigen Truppentheilen der schleswig-holsteinischen Armee ist jetzt das Nähere bestimmt. (H. N.)

Kopenhagen, 5. April. General Krogh ist gestern von Flensburg hier eingetroffen. Wie „Kjøbenhavn“ berichtet, begiebt sich der Geheimrath Minister Althoff am Dienstag nach Flensburg. Der Umstand, daß seine Familie mit ihm reise, deutet auf einen längeren Aufenthalt dort. Dasselbe Blatt bemerkt, daß dem Vernehmen nach die Notabeln den 29ten in Flensburg zusammenzutreten würden. Die sämtlichen Namen der Ernannten, sagt „K.“, seien noch nicht genau bekannt, so viel sehe indes fest, daß Konferenzrath Tresschow die Wahl anzunehmen nicht beabsichtigt, so wie, daß Professor Krieger unter den dänischen Notabeln sich befinde. Für Holstein, heiße es, seien Graf Baudissin von Borsfel, zwei Grafen Ranzau, Etatsrath Wiese in Kiel, Landm. Schirmer in der Nähe von Plön und Kaufmann Theodor Reincke in Altona ernannt.

Österreich.

N. B. Wien, 7. April. [Tagesbericht.] Der Bankausweis für den Monat März ließ erwarten, er werde die Währungsverhältnisse bessern und die Kaufkraft der fremden Wechsel und der edlen Metalle drücken. Von dem allen ist nichts geschehen: Die Preise der Valuten sind sogar noch mehr gestiegen und man will die Ursache davon darin finden, daß nicht Mißtrauen in die finanziellen Kräfte des Staates, sondern der wirkliche Bedarf an fremden Wechseln und edlen Metallen den hohen Gold- und Silberpreisen zu Grunde liege.

In einigen Gegenden Galiziens ist die Hungersnoth bereits an der Tagesordnung, weil alle Vorräthe von Getreide verzehrt wurden. Wenn der Frühling durch sein frühzeitiges Erscheinen nicht Abhilfe verschafft, so kann das Uebel einen sehr hohen Grad erreichen.

Die Handelsverbindungen von Triest mit Ostindien beleben sich immer mehr. Man verdankt dies besonders den deutschen und italienischen Kommissionshäusern, die sich bestreben, Triest in nähere Berührung mit dem fernen Osten zu bringen, und den Bewohnern der Monarchie die für die Industrie und den Verbrauch des Inlandes passenden Erzeugnisse fremder Länder, ohne die vertheuernde Hilfe der Engländer, direkt zuzuführen.

Temesvár, 3. April. [Zurückbare Explosion.] Heute um 7 1/2 Uhr Morgens hat unsere Stadt einen schreckhaften Anblick dar. Der Munitionsturm auf dem Festungswall nächst der Siebenbürger-Kaserne war mit furchtbarem Getöse in die Luft gesprengt, und der dem Schutze der Begebenheit zunächst gelegene Stadttheil wurde einige Augenblicke später mit einem wahren Hagregen von Steinen, Ziegeln, Mörtel, Balken, Pfosten u. s. w. über-

fällt, — auch fielen in die Häuser mehrere Bomben und Granaten nieder, welche plagten, ohne jedoch wunderbarer Weise Schaden an Menschenleben und Eigenthum anzurichten. Dazu ein in den ersten Augenblicken undurchdringlicher Pulverdampf — eine dicke Staubwolke, welche das Firmament verfinsterte — das Angestrichene der ersten Menge, besonders der Frauen und Kinder, das Gekrei der Hausfrauen, das Gekrei der tausend und tausend zertrümmerten Fensterheben, das Gekrei der fallenden Dachziegel, Fensterrahmen, Thürhölzer, Schornsteine — ein Bild der furchterlichsten Verwirrung. So viel bis jetzt ermittelt werden konnte, verloren bei 15 bis 20 Menschen das Leben, schwer Verletzte giebt es im Verhältnisse sehr wenige. Den Tod fanden außer den in dem Munitionsturm beschäftigt gewesen 7 Artilleristen, worunter ein Feuerwerker, vom Militär der Hauptmann v. Hartmann, Infanterie-Regiment Baron Reichenstein, er wurde in seinem Zimmer in der Siebenbürger-Kaserne, dessen Fenster gegen den Schuttplatz der Zerstörung hinausgingen, im Bette erschlagen gefunden. Zur Stunde, als ich dies niederschreibe (3 Uhr Nachmittags) plagten noch einzelne zwischen den Trümmern begrabene Granaten, — doch ist alle Gefahr vorüber. Gebäude erlitten an Mauerwerk, außer eingestürzten Schornsteinen, keinen erheblichen Schaden. Die Ursache des Unglücks konnte bis zur Stunde nicht ermittelt werden.

Frankreich.

**** Paris, 5. April.** [Eine neue Lösung] ist jetzt Gegenstand ernstlicher Unterhandlung und Berathung unserer gewichtigsten Staatsmänner, nämlich der Herren Berryer, Molé, de Broglie, Guizot, Dumon, Duchatel u. A. m., welche erschreckt über die gegenwärtige Situation, eine Verlängerung sowohl der Präsidentsur als der National-Verammlung anstreben. Sie wollen nämlich, daß sich die Verammlung jährlich zu einem Dritttheil erneuere, so daß das neu eintretende Dritttheil drei Jahre hindurch sitze; daß die Legislative von jetzt ab konstituierende Gewalt übe, um diese allmähliche Umwandlung ihrer Zusammensetzung beschließen, die Konstitution revidiren und die Gewalt des Präsidenten verlängern zu können, ohne daß es eine Berufung an das Volk bedarf.

Man sieht aus der Dürftigkeit dieses Projektes, wie unsere „Staatsmänner“ vollkommen den Faden verloren haben, um aus dem Labyrinth heraus, in welches sie die Gewohnheit der Intrigue und der Antriebs des Eigennusses geführt hat, den Rückweg zu finden. — Eben so unumgänglich scheint es, endlich einmal aus der Ministerkrise heraus zu kommen. Heut versicherte man ganz bestimmt, daß das Wort des Raths endlich gefunden sei und proklamirte folgende Liste: Barrot, Fould, Baroche und Mallévillie; aber die Rechnung war wieder ohne den Wirth gemacht. Es scheint, daß man Herrn Mallévillie gar nicht gefragt hatte; er weigerte sich einzutreten und diese schöne Kombination ging denselben Weg, welchen bereits so viele andere gegangen sind.

Angeht diese schwankenden Verhältnisse nimmt die Beängstigung der Gemüther immer mehr zu und läßt sich kaum durch den Anblick der enormen Streikkräfte, welche der Regierung zu Gebote stehen, beschwichtigen. Ja selbst die Nachricht, daß Changanier den Marschallstab erhalten solle, damit er auf diesen Stab gestützt, den Rückweg in das Elysée finde, ermutigt nicht mehr. Uebrigens macht heut noch eine andere wichtige Nachricht die Runde. Es heißt, der Präsident werde ein Manifest erlassen, worin er der National-Verammlung seine Absicht erklärt, sich im Jahre 1852 zurückzuziehen oder an der Spitze der Regierung zu bleiben, je nach dem Bedürfnis des Moments! Wenn es hieß: je nach der Möglichkeit — so wäre Verzicht in dem Manifest; doch brauchte es freilich nicht erst eines Manifests zu einer solchen Versicherung.

Marseille, 1. April. [Zurückbarer Zustand in Egypten.] Das heute anlangende Packetboot bringt zwei Nachrichten von großem Interesse aus Egypten.

In Sennar ist ein Aufstand ausgebrochen, wobei der kommandirende Pascha nebst allen unter seinem Befehl stehenden ägyptischen Truppen umgebracht ward. Man traf in Kairo eifrig umfassende Vorbereitungen, um ansehnliche Truppen nach Sennar zur Unterdrückung des Aufstandes zu senden; doch dürften diese Anstrengungen durch die gegenwärtige Erschöpfung des Landes und bei der drohenden Gefahr der Verwicklung mit Konstantinopel zu keinem entsprechenden Resultat führen. Freilich hofft Abbas Pascha jene Verwicklungen durch die Sendung Emin nach Konstantinopel beheben zu können; es wird ihm aber doch Mühe kosten, den Einfluß des klugen Artim-Beys, des früheren ägyptischen Ministers, zu entkräften.

Eine andere für den Handel ungemein wichtige Nachricht, ist die amtliche Anzeige, daß die Eisenbahn durch die Landenge von Suez nammere in Angriff genommen werden soll. Die Engländer werden ihr bisheriges Transport-Monopol dadurch feststellen, denn Abbas Pascha steht ganz unter englischem Einfluß. Auch wird die Hälfte des Eisenbahn-Personals aus Engländern bestehen.

Großbritannien.

**** London, 5. April.** [Der Woodche Finanzplan.] In der gestrigen Unterhaus-Sitzung erörterte der Schatzkanzler die Abänderungen des Budgets, welche die Regierung in Antrag zu bringen habe und setzte die beiden Finanzpläne, zwischen denen das Haus zu wählen habe, sehr klar auseinander. Entweder: Reduktion der Einkommens- und Eingangszoll auf Cerealien (nach dem Willen der Protektionisten) oder Reduktion der Einfuhrzölle und der Lasten, welche die einheimische Industrie bedrückten.

Der Ueberschuß der Einnahmen beträgt 2 Millionen Pfund, und hiervon will die Regierung einen Theil auf Schuldentilgung, 1,892,000 aber zu Gunsten der arbeitenden Klassen verwenden. Man schlägt daher eine Reduktion des Einfuhrzolls auf Kasse, die Abschaffung des Eingangszolls von Bauholz und die Abschaffung der Fenstersteuer vor.

In Betreff der letzten Steuer hat der Kanzler anerkannt, daß die Erhebungsart schlechter noch als ihr Prinzip wäre und daß es folglich gerechter wäre, sie durch eine Grundsteuer zu ersetzen. Er schlägt also vor, alle Wohnhäuser, „alte wie neue gleichmäßig zu einer Steuer von 9 Pence auf das Pfund Sterling jährlicher Einnahme, Boden und ländliche Wirtschaftsgelände aber zu einer Steuer von 6 Pence heranzuziehen. Hiervon wären nur solche Gebäude ausgenommen, welche eine geringere Jahres-einnahme als 20 Pfund abwürfen. Das Resultat der Steuer wäre dann folgendes: 400,000 Häuser würden die Steuer zahlen; der Schatz verliere dabei 1,636,000 Pfund Sterling; man erhalte also einen beständigen Ueberschuß von 356,000 Pfund. Für das laufende Jahr bleibt noch die Hälfte der Fenstersteuer einzuziehen; der Total-Ueberschuß wäre also 924,000 Pfund.

Dies ist der Finanzplan des Hrn. Wood, welcher beantragte, das Haus möge die Erneuerung der Einkommen-Steuer auf fernere 3 Jahre bewilligen.

Die „Times“ ist der Ansicht, daß dieses neue Budget vom ersten nicht wesentlich abweiche; doch sei der jetzt vorgelegte Plan einer Häusersteuer besser als der erste, da dieser zwischen alten und neu gebauten Häusern unterschied. Der beantragte Differenzialzoll auf Bauholz sei auf die Hälfte reduziert und fremder wie Kolonial-Kaffe zahlen künftig nicht mehr als drei Pence vom Pfunde.

Hauptsächlich würde es sich um die Einkommen-Steuer handeln. Die Diskussion darüber wird Montag beginnen. Was die von Sir Grey hinsichtlich der Flüchtlinge angekündigte Vorrechts-Maßregel betrifft, so kann man sich auf die

Wirksamkeit unserer Polizei verlassen, so wenig sie sich auch bemerklich macht. Sie hat vollständige Kenntniß der Personen und Pläne, sie bewacht alle Schritte der Mitglieder der Central-Komites und da die Repräsentanten der auswärtigen Mächte von allen Vorgängen bei der europäischen Emigration genau unterrichtet sind, wird es, falls sie glauben, daß die Sache wirklich gefährlich wird, nur eines Augenblicks bedürfen, um die revolutionäre Junta in alle vier Winde zu zerstreuen.

Der Bank-Abschluß am 29. März ergibt eine Veränderung des Barbestandes von 152,851 Pfund, so daß der Metallvorrath auf 14,246,209 Pfund gefallen ist. Der Umlauf des Papiers hat sich dagegen um 467,875 Pfund vermehrt und ist also auf 18,962,135 Pfund gestiegen.

Aus Graham's Town (Kap der guten Hoffnung) hat man Nachrichten bis zum 1. Februar. Das Fort Paddia ist in den Händen der Kaffern mit Ausnahme des Schloßes, in welches sich die weiße Bevölkerung zurückgezogen hat.

Schweden.

Neuenburg, 1. April. [Ruhe-Störungen.] In La Chapre de Fonds fanden am 29ten Abends grobe Ruhestörungen statt; eine radikale Schaar drang wegen angeblicher Beleidigung eines Radikalen durch Royalisten vor das Gesellschaftshaus der Letzteren, versuchte vergeblich die Thüre einzubrechen, und geschlug dann die Fenster. Von da begab sie sich vor die Wohnung des Präfecten, wo gelärmt, gepöbelt und nieder mit dem Präfecten gerufen wurde. Gegen Mitternacht ging die Nothe aus, es sollen wenig Neuenburger darunter gewesen sein. — Am Sonntag fanden neue Unordnungen statt, veranlaßt durch Mitglieder des Grüdlingsvereins, welche das Lied sangen: „vivent les rouges, à bas les blancs“, die Landjäger wurden geschlagen, dem Leutnant derselben die Epauletten abgerissen. Der Kramaller sollen nur ungefähr dreißig sein, 300—400 Reugirte liefen mit. Am Montag wurde Militär aufgeboden. (Wof. Btg.)

Freiburg, 3. April. [Sicherheitsmaßregeln.] Nach der „Gazette de Freiburg“ wurden letzten Samstag, als an einem Markttage, energische Maßregeln zur Sicherheit der Stadt gegen etwaige neue Ueberfälle getroffen. Man verpöbte die Posten und verlegte den Butters und einen Theil des Gemüsemarkts in die Nähe des Franziskanerklosters und der Rest wurde an das untere Ende der Grandrue gezogen, um die Zugänge des Platzes frei zu halten. Kanonen, die Beibehaltungsmannschaft mit brennenden Linten, wurden auf alle dorthin ausmündenden Straßen gerichtet. Indessen blieb Alles ruhig und die Ordnung wurde nirgends gestört. Strenge Strafen sind auf nächtlichen Straßenlärm gesetzt. Laut derselben Blatte geschahen häufig strenge Hausdurchsuchungen in der Umgegend von Freiburg und auf entfernten Dörfern, um Flüchtlinge oder Waffen zu entdecken. Am 30. März rückte die Bürgerwehr von Bulle und eine Kolonne deutscher Freiwilliger, 16 Mann stark, in die Stadt ein; da sie in Bauernkleidung erschienen, so hielt man sie für Feinde und fürchtete einen Ueberfall, was die plötzliche Schließung des Bourgwillonthors zur Folge gehabt haben soll.

Provincial-Beitung.

Breslau, 8. April. Das heutige Amtsblatt enthält folgende drei Bekanntmachungen:

I. Die Verbreitung der zweiten Auflage der Druckschrift: „Zur Politik der Kontre-Revolution in Preußen von H. von Arnim“, welche nachstehend in Braunschweig erschienen soll, wird hiermit auf Grund des § 3 der Verordnung vom 5. Juni v. J. für den ganzen Umfang der Monarchie verboten. — Berlin, den 30. März 1851. Der Minister des Innern. v. Bismarck.

II. Die königlichen Minister der Finanzen, des Krieges und des Innern haben mitgetheilt, daß auf Grund der allerhöchsten Kabinettsordre vom 9. December pr. erlassene Verbot der Ausfuhr von Schlachtkühen, Getreide, Heu und Stroh über die Zollgrenze von Mecklenburg bis Seidenberg sofort wieder aufzuheben. — Indem ich dies in Beipiel meiner Amtsblatt-Bekanntmachung vom 12. Dec. pr. hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe, mache ich zugleich darauf aufmerksam, daß es dagegen vorläufig bei dem Verbot der Ausfuhr von Pferden noch kein Bedenken gehalten soll. Breslau, den 8. April 1851. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien. gez. v. Schleinitz.

III. Es hat sich bei der Revision der Abgaben gezeigt, daß in einigen derselben sowohl Kupfer als Spatel und Blei von Argentin, einer Legirung aus Kupfer, Zinn und Nickel, gebraucht worden sind. Da sich aber diese Legirungen, in welchen das Kupfer die größte Menge ausmacht, bei Verhinderung desselben mit Substanzen, welche sich mit dem Kupfer verbinden, oder auf dieses einwirkend einwirken, die Metalle dieser Legirungen oxydiren, so folgt daraus, daß, wenn z. B. ein solches Metall in einem offenen Gefäße von Argentin aufbewahrt steht, ein solches Kupferoxyd, ein solches Nickeloxyd und ein solches Zinnoxyd in nicht unbedeutender Menge gelöst wird. — Im Auftrage des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten wird demzufolge die Anwendung von Gefäßen und Geräthschaften aus Argentin zu pharmaceutischen Zwecken als der Gesundheit gefährlich hierdurch den sämtlichen Apotheken unseres Regierungsbezirks unterlagt, und werden zugleich die Apotheker angewiesen, darauf zu achten und resp. dafür zu sorgen, daß diesem Verbote Folge geleistet wird.

Breslau, 8. April. [Eine Korrespondenz zwischen Himmel und Erde.] Eine immerwährende, geheimnißvolle, läugnet weder ein Gläubiger noch ein Naturkundiger, obgleich die beiden Menschenforten mit Za und Nin fast keineswegs immer in ein Horn blasen. Weder den Einen noch den Anderen kann es nicht überausend in Erfassung setzen, daß neuerdings ein Brief vom Himmel gefallen ist. Tropfen hat es genug geregnet. Warum soll es zur endlichen Abwechslung nicht auch einmal Nachschub regnen? Die Sache selbst hat ihre vollkommene Wichtigkeit. Wir haben sie ja Schwarz auf Weiß. Im heutigen „Tages-Anzeiger“ prangt mit ausleserlicher Schrift, von himmlischen Sternen in nuce-umfassen, an allen Ecken, ein Brief vom Himmel eines Verstorbenen (schönes Deutsch) ist gefunden worden, und einzufinden beim Haushalter Wolffsdorf, Dhlauer Straße Nr. 83 Parterre. „Lose Hände haben freventlich diese allerschwerste Notiz da und dort schon weggerissen. Indes zum Glück für die Menschheit ist sie in andern Stellen unverfehrt kleben geblieben zum Bekleben und schreibt die Vorübergehenden an: „Sa nicht zu übersehen!“ Umsonst geht so Etwas doch nicht in die Ohren. Zudem spielt die irdische Korrespondenz aller Orten her, wenigstens die zeitungsweis, seit lange schon ein so langweiliges, weinerliches Lamentolo, daß alle Welt nach einem vom gültigen Himmel fallenden kurzweiligen jauchzigen Allegro und Presto von Herzen hungert. Unter diesen Umständen ströme fort und fort ein ganz hübsches Gesellschaftchen — nicht Reuigerer, nein! lauter Mißgezügiger bei Besorgtem zusammen, und erdrücke ihn beinahe mit Fragen: Er ließ sich ungefähr folgendermaßen gegen die ihre Ohren spitzen, ihn umdrängenden, himmelsdürftigen Kreise vernehmen: Wer mir den Brief gegeben hat, weiß ich. Ich verstehe aber weder Lateinisch noch Italienisch. Ich bin evangelisch. Ich habe den Brief nicht mehr. Er ist auf dem Dome. — Dort! Dunkel war der Rede Sinn; zum Dome wies er lächelnd hin! Nun, es fehlt ja nicht an trefflichen Erregten, namentlich was himmlische Dinge betrifft. Die werden uns wohl ein Licht über die sein Dunkel aufdecken. Uebrigens hält der himmlische Brief Empfänger mit seinen Erklärungen, z. B. ob er Porto, Abirage, Gebühren gezahlt u. hinter dem Berge; desgl. ob der Geist d. l. sein eigener oder ein anderer irdischer oder gar ein himmlischer oder höllischer, ihm die Weiterbeförderung des außerordentlichen in Sendföhrens eingegeben habe. Referent wüßte seine Hände in Unschuld, wenn Jener wegen „Postdefraudation“ beim Kopfe ge-

